

Klimageld als politisches Instrument

Für einen sozial gerechteren Emissionshandel

Der europäische und der deutsche Emissionshandel haben zusammen im Jahr 2022 über 13 Milliarden Euro erwirtschaftet, Tendenz steigend. Ideen, dieses Geld zu verwenden, gibt es viele. Aber wie kann es wirklich nachhaltig eingesetzt werden?

Von Sven Rudolph und Achim Lerch

Im Jahr 2022 hat der EU-Emissionshandel für Deutschland 6,8 Milliarden Euro an Auktionserlösen erzielt, hinzu kommen 6,4 Milliarden Verkaufserlöse aus dem 2021 implementierten deutschen Emissionshandel für Brennstoffe im Verkehrs- und Haushaltssektor. Anstehende Änderungen versprechen weiter steigende Erlöse: National wird der CO₂-Preis bis 2026 stufenweise bis auf 55–65 Euro ansteigen und auf EU-Ebene sind eine zusätzliche Verknappung der Emissionsrechte, das Auslaufen kostenloser Zuteilungen bis 2034 sowie die Einführung eines zweiten Systems für die Sektoren Verkehr und Gebäude im Jahr 2027 nun beschlossen (Lerch 2022). Ein umfassender europäischer Emissionshandel mit Vollversteigerung könnte so noch in diesem Jahrzehnt ein Aufkommen im dreistelligen Milliardenbereich generieren. Ideen, dieses Geld zu verwenden, gibt es viele. Aber wie kann dieses Geld wirklich nachhaltig eingesetzt werden?

Aufkommensverwendung aktuell

Derzeit wird im EU-Emissionshandel (EU-EH) mehr als die Hälfte der Einnahmen für den Klimaschutz eingesetzt. Für den EU-EH 2 ist ein Klimasozialfonds geplant, in den 25 % der Versteigerungserlöse fließen, mit denen gezielt einkommensschwache Haushalte unterstützt werden sollen, um so die Regressivität der CO₂-Bepreisung abzumildern. Bereits die eingeplanten 25 % würden ausreichen, um die vier einkommens-

schwächsten Dezile von zusätzlichen Kosten aus dem EU-EH 2 zu entlasten (Görlach et al. 2022).

In Deutschland ist vorgesehen, die Einnahmen aus dem nationalen Emissionshandel über ein Klimageld an die Haushalte zurückzugeben. Mögliche verwaltungstechnische Hürden dürften dabei überwindbar sein (Färber/Wieland 2022). Schon eine pro Kopf gleiche Rückverteilung von 70 % des nationalen Aufkommens würde die einkommensschwächsten Haushalte sogar netto entlasten, während selbst mittlere Einkommen kaum zusätzlich belastet würden (Burger et al. 2022). So erhält dann auch ein pro Kopf gleiches Klimageld im Vergleich verschiedener Rückverteilungsmodi in einer repräsentativen Umfrage die größte Zustimmung unter den Befragten (Schupp et al. 2022).

Nachhaltigkeitstheoretische Perspektive

Ein solches Klimageld lässt sich auch gerechtigkeitstheoretisch besonders gut begründen (Rudolph/Aydos 2021). Während der Emissionsdeckel und die Möglichkeit der Reallokation von Emissionsrechten bereits für die ökologische Effektivität und die ökonomische Effizienz des Emissionshandels sorgen, bleibt die Regressivität der CO₂-Bepreisung die zentrale soziale Herausforderung. Die Progressivität eines pro Kopf gleichen Klimageldes würde dieser begegnen und damit eine intragenerationell gerechte Klimapolitik fördern. Zudem steht ein solches

Klimageld im Einklang mit dem Gerechtigkeitsgrundsatz gleicher Ansprüche auf die Nutzung natürlicher Ressourcen aller Menschen. Dies gilt vor allem gegenüber einer zum Beispiel nach Einkommen differenzierten Rückverteilung, die zudem zusätzlichen Verwaltungsaufwand kreieren würde.

Es bleibt festzuhalten, dass ein pro Kopf gleiches Klimageld nicht nur gerechtigkeitstheoretisch begründbar ist, sondern in der klimapolitischen Praxis tatsächlich die Regressivität der CO₂-Bepreisung überwinden und so den so dringend notwendigen ambitionierteren Klimaschutz sozial gerechter machen kann.

Literatur

- Burger, A. (2022): CO₂-Bepreisung im Verkehrs- und Gebäudebereich sozialverträglich gestalten. Dessau-Roßlau, Umweltbundesamt.
- Färber, G./Wieland, J. (2022): Rechtliche und verwaltungsorganisatorische Möglichkeiten der Umsetzung einer Klimaprämie. Speyer, Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften.
- Görlach, B. et al. (2022): Ein fairer und solidarischer EU-Emissionshandel für Gebäude und Straßenverkehr. Potsdam, Kopernikus-Projekt Ariadne.
- Lerch, A. (2022): Reform des EU-Emissionshandels – Licht und Schatten. www.wiwi-online.de/Literatur/Fachartikel/768/Reform+des+EU-Emissionshandels+%E2%80%93+Licht+und+Schatten
- Rudolph, S./Aydos, E. (2021): Carbon Markets Around the Globe. Cheltenham, Edward Elgar. doi: 10.4337/9781839109096
- Schupp, J./Heinze, R. G./Siegel, N. A. (2022): Hohe Zustimmung für Klimageld. DIW aktuell Nr. 85. Berlin, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung.

AUTOREN + KONTAKT

Dr. Sven Rudolph ist Referent für sozial gerechte Klima- und Energiepolitik am Institut für Kirche und Gesellschaft (IKG) der Evangelischen Kirche von Westfalen.

Institut für Kirche und Gesellschaft (IKG), Iserlohner Straße 25, 58239 Schwerte. Internet: www.kircheundgesellschaft.de

Dr. Achim Lerch ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der FOM Hochschule Kassel und Mitglied im FOM Kompetenzzentrum für nachhaltige Entwicklung.

FOM Kompetenzzentrum für nachhaltige Entwicklung, Garde-du-Corps-Straße 7, 34117 Kassel. Internet: www.fom.de/forschung/kompetenzcentren/kcn-kompetenzcentrum-fuer-nachhaltigeentwicklung.html